



Kiel, 11. September 2018

Nr. 286 /2018

Martin Habersaat

Wege offenhalten

Zum OECD-Report „Bildung auf einen Blick“ erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Der berufliche und soziale Status der Eltern bleibt der wichtigste Faktor, der die Teilnahme an Bildung sowie wirtschaftlichen und sozialen Erfolg beeinflusst. Diese - leider nicht neue - Erkenntnis der OECD zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ebenen unseres Bildungssystems, von der U3-Betreuung über die Kita bis hin zur Schule und Hochschule.

Was wäre zu tun? Kinder nicht sortieren, Wege offenhalten, individuell fördern, gute Ganztagsangebote schaffen, Schularten zusammenhalten.

Was tut Jamaika? Früh benoten, Schulartempfehlung wieder einführen, Lehrerausbildung für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien trennen, Zuständigkeiten auf unterschiedliche Hochschulen (Lehrkräftebildung) und Ministerien verteilen.

Es sind eben nicht vor allem die gut ausgebildeten Eltern, die ihr Kind bewusst lange zu Hause behalten wollen und es nicht in die U3-Betreuung geben. Trotzdem wurde mit diesem Argument von konservativer Seite lange Zeit der Ausbau der Kinderbetreuung verzögert. Der Rückstand ist nach Schaffung des Rechtsanspruchs noch nicht überall aufgeholt. Und leider bleibt Schleswig-Holstein nach den Jamaika-Plänen das einzige norddeutsche Bundesland ohne Beitragsfreiheit.

Gleichzeitig nehmen Kinder aus benachteiligten Verhältnissen seltener weiterführende Bildungsangebote in Anspruch. Der Ansatz, nach Hamburger Vorbild einen Sozialindex einzuführen und Schulen mit besonderen Herausforderungen besonders zu fördern, ist richtig.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die zwei Millionen Euro (davon 20.000 für „Geschäftsbedarf“, 150.000 für Fortbildungen, 70.000 für Gutachten und Veröffentlichungen, 100.000 für wissenschaftliche Begleitung), die die Jamaika-Koalition dafür in den Haushaltsentwurf 2019 eingestellt hat, sind allerdings bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein und sollen eher dazu dienen, von der stiefmütterlichen Behandlung der Gemeinschaftsschulen abzulenken.

Ausbildung und Studium sind laut OECD nahezu gleich gut geeignet, Arbeitslosigkeit zu verhindern und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Obwohl jedoch heute viele Abiturientinnen und Abiturienten eine Ausbildung beginnen und obwohl heute viele Gemeinschaftsschülerinnen und Gemeinschaftsschüler an die Hochschulen streben, sieht Jamaika die Studienvorbereitung heute noch einseitig als Aufgabe der Gymnasien und die Berufsorientierung einseitig als Aufgabe der Gemeinschaftsschulen. Dieser Irrglaube führt in der Lehrkräfteausbildung gerade zum Sprung in die Vergangenheit. Von der absurden Aufteilung der Schulen in allgemeinbildende Bildungsministeriumsschulen und berufsbildende Wirtschaftsministeriumsschulen ganz zu schweigen...

Link zur OECD-Studie: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm>